

Niederschrift der Bürgerversammlung am 27.11.2025

Beginn: 19:10 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

Im Schützen- und Trachtenhaus Westerham

Der erste Bürgermeister eröffnete die Bürgerversammlung und wies auf die Live-Videoübertragung auf YouTube, sowie auf die daraus resultierenden datenschutzrechtlichen Auswirkungen hin.

Er begrüßte alle ca. 120 Anwesenden vor Ort und alle Teilnehmer im Livestream.

Ein Dank ging an alle Mitwirkenden, die die Bürgerversammlung möglich machen.
Danach stellte der Bürgermeister die anwesenden Abteilungsleiter vor.

Anschließend folgte die Vorstellung einer ausführlichen Präsentation durch den ersten Bürgermeister. Die Präsentation wird der Niederschrift angefügt.

Im Anschluss an den Vortrag folgten die aus der Bürgerschaft eingereichten Anträge, welche von der geschäftsleitenden Beamtin ebenfalls anhand einer Präsentation vorgestellt wurden. Die Präsentation wird der Niederschrift angefügt.

Frau Pfeiffer erkundigte sich mittels eines Antrags nach dem aktuellen Stand des Mobilfunkmasts in Großhöhenrain, dieser stehe seit über 2 Jahren und würde nicht funktionieren.

Der Bürgermeister zeigte auf, dass der Mobilfunkmast in Großhöhenrain seit 25.07.2025 online und mit dem Telefónica/O2-Netz ausgestattet sei. Eine Integration der Telekom sei beantragt und vorgesehen, allerdings sei kein genaues Datum für eine Installation bekannt. Von Vodafone wurde aktuell noch keine Mitnutzung des Standorts beim Eigentümer/Betreiber beantragt.

Im zweiten Antrag wurde von Herrn Wiedemann die Errichtung einer Tempo-30-Zone im gesamten Wohngebiet entlang der Naringer Straße beantragt. Hierzu erläuterte der erste Bürgermeister die Historie dieser bereits mehrfach angefragten Zone. Bisher wurden diese Anträge von den zu beteiligenden Behörden immer abgelehnt, da keine ausreichende Rechtsgrundlage für diese gesehen wurde. Dies ändere sich nun durch ISEK (Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept), da dort das Gebiet um die Naringer Straße Bestandteil der im Verkehrskonzept vorgesehenen Tempo-30-Zonen ist. Somit entspreche der Antrag der Verkehrsplanung der Gemeinde. Die ersten Anordnungen im Gemeindegebiet sollen zum Frühjahr 2026 durch die Aufstellung der Beschilderung in Kraft treten. Die Naringer Straße und weitere Gebiete sollen in einer nächsten Umsetzungsphase folgen. Nach der Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen sowie der Anhörung der Polizeiinspektion, der betroffenen Ortsräte, Landratsamt und anderer Fachstellen werden die einzelnen Anordnungen im Bauausschuss behandelt. Danach werden die benötigten Schilder beschafft und aufgestellt. In der Naringer Straße müsse zur Umsetzung einer Tempo-30-Zone zusätzlich die Vorfahrtsregelung geändert werden, dies werde ebenfalls in der nächsten Umsetzungsphase geprüft.

Ein weiterer Antrag von Herrn Wiedemann behandelte die Personalsituation in der Kindertagesstätte KiWest. Dazu erläuterte die geschäftsleitende Beamte, dass aus Datenschutzgründen nicht wie im Antrag gewünscht auf die persönlichen Gründe der Kündigungen eingegangen werden kann. Anschließend stellte sie vor, welche Maßnahmen zur Entlastung und Stabilisierung der Betreuungssituation durch den Träger (Gemeinde Feldkirchen-Westerham) und die Einrichtung durchgeführt wurden und weiterhin werden. Weiter wurden die Zeiten dargestellt, in welchen die Krippe und der Kindergarten geschlossen werden musste, dies waren nur vereinzelte Tage und die Schließung erfolgte erst ab 14 Uhr oder 15 Uhr, sodass wenig Familien betroffen waren. Im Kindergarten gab es so gut wie keine vorzeitigen Schließungen in 2025. Lediglich im Juli konnten „nur“ 99% der geplanten Öffnungszeiten offen bleiben. Im Krippenbereich konnten in 6 Monaten 100% der Betreuungszeiten erfüllt werden. In 5 Monaten gab es geringen vorzeitigen Schließungsbedarf in folgenden Ausprägungen: Januar 1%, März 1%, Mai 5,7%, Juni 3% Juli 2,5%

Der dritte Antrag von Herrn Wiedemann forderte eine Streckenbezogene Reduzierung auf 30 km/h vor dem Kindergarten KiWest.

Der Bürgermeister stellte dar, dass es auch hier bereits mehrfach Anträge für eine Tempo-30-Zone gegeben hätte, die Antragsgründe der Gemeinde waren dabei die Gleichen, wie die vom Antragsteller dargestellten. Die Miesbacher Straße, welche hier die Betroffene ist, ist eine Kreisstraße und somit liegt die Zuständigkeit beim Landratsamt Rosenheim. Auch die für diesen Bereich gestellten Anträge wurden durch das Landratsamt und die Fachbehörden abgelehnt. Die Begründungen dazu seien, dass das KiWest keinen direkten Zugang zur Kreisstraße habe und der Parkplatz vorgelagert sei. Zudem sei eine sichere Querungshilfe vorhanden und durch die Kurvenlage würden die Autofahrer ihre Geschwindigkeit automatisch reduzieren. Im Juli 2025 wurde eine Geschwindigkeitsmessung an dieser Stelle durchgeführt, welche zu dem Ergebnis kam, dass 85 % der gemessenen Fahrzeuge 38 km/h fuhren und die Durchschnittsgeschwindigkeit der gemessenen Fahrzeuge 32,12 km/h betrug.

Der letzte Antrag, welcher von Frau Schiller schriftlich eingereicht wurde, behandelte das geplante Windvorranggebiet WE68 Sonderdilching. Darin forderte sie die Darstellung des geplanten Gebiets in Bezug auf die Gemeinde Feldkirchen-Westerham und das geplante Vorgehen der Gemeinde. Zudem solle das Thema im nächsten Newsletter der Gemeinde tiefergehender und konkreter aufgegriffen werden.

Der erste Bürgermeister erläuterte das Thema ausführlich und zeigte das geplante Windvorranggebiet anhand einer Karte. (siehe Präsentation). Durch die Neuplanung der Wasserschutzgebiete der Gemeinde und des Wasserbeschaffungsverbands Westerham sowie der besonderen geologischen Gegebenheiten an dieser Stelle würde das geplante Windvorranggebiet sehr eingeschränkt. Die Gemeinde beantragte deshalb die Löschung bzw. starke Verkleinerung des geplanten Windvorranggebietes. Eine ausführliche und ablehnende Stellungnahme, wurde am 25.11.2025 durch den Gemeinderat beschlossen und dem Planungsverband fristgerecht mitgeteilt.

Sobald es weitere Informationen oder weitere Erkenntnisse gebe, werde die Gemeinde natürlich, soweit es möglich ist, die Bürgerinnen und Bürger informieren.

Der Bürgermeister fragte den weiteren Antragsteller, welcher vor Ort war, ob der Antrag und die Informationen ihm so ausreichen würden oder ob mittels Abstimmung entschieden werden solle, ob mehr Informationen über die gemeindlichen Kanäle versendet werden sollen.

Der Antragsteller wünschte eine Abstimmung. Der Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. 17 Ja-Stimmen, Nein Stimmen (ca. 100) wurden aufgrund der Deutlichkeit nicht genauer gezählt. Die von der Gemeinde gegebenen Informationen sind damit ausreichend.

Anschließend folgten die Anträge der anwesenden Bürger, die nicht vorher eingereicht wurden.

Ein Bürger stellte dar, dass die Staatsstraße 2078 vor allem auf der Höhe des Seniorenheims bzw. der Westermeyer Straße gefährlich zu überqueren sei.

Der Bürgermeister zeigte auf, dass die ST2078 immer wieder Thema in der Gemeinde und auch im Gemeinderat sei. Die Querungshilfe sei ein möglicher Schritt, wie die mittlerweile umgesetzte Tempo-30-Zone in der Nacht, welche erstmal befristet genehmigt ist. Auch in ISEK und der geplanten Teilnahme an der internationalen Bauausstellung mit dem Projekt der Umplanung der Straße werde viel Hoffnung gesetzt.

Herr Polz macht auf die schwierige Parkplatzsituation am Bahnhof in Westerham aufmerksam, es gebe zu wenig Park and Ride Parkplätze und es solle nochmal, wie vor einigen Jahren, in Betracht gezogen werden ein Grundstück von der Deutschen Bahn zu erwerben oder zu pachten, um dort Parkplätze zu errichten.

Auch diese Situation ist dem Bürgermeister vertraut und er zeigte auf, dass am Bahnhof eine Bushaltestelle fehle, um die Anzahl der benötigten Parkplätze zu reduzieren. Dazu soll eine Abstimmung mit der Deutschen Bahn stattfinden, es müsse aber noch ein Termin dafür gefunden werden, da der für die folgende Woche geplante Termin abgesagt wurde. Im Zuge des für 2027 und 2028 geplanten Bahnhofsumbau ist eine Verbindung auf die andere Seite der Gleise geplant und so würde sich erstmals dort Möglichkeiten für neue Parkplätze ergeben.

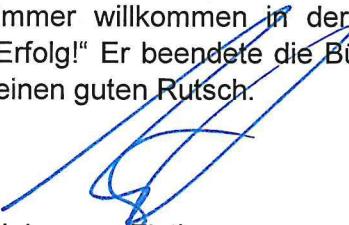
Von Herrn Thiele wurden Fragen zur finanziellen Situation der Gemeinde gestellt und ob diese Möglichkeiten für vergünstigte Kredite habe.

Vom Bürgermeister wurde erklärt, dass die Rechtsaufsicht die Kreditaufnahmen genehmigen müsse. Kreditermächtigungen wurden für 2025 in Höhe von 11 Millionen Euro genehmigt. Sollten diese im beantragten Jahr nicht benötigt und somit auch nicht aufgenommen werden, ist die Aufnahme noch in den beiden darauffolgenden Jahren möglich. In der Mittelfristigen Finanzplanung, welche die nächsten fünf Jahre betrifft, sei eine Kreditaufnahme von insgesamt 16 Millionen Euro veranschlagt, um die nötigen Investitionen tätigen zu können. Weiter sei es so, dass die Gemeinde zinsvergünstigte Darlehen bekomme, allerdings der Zinssatz keine 0, sondern eine 2 vor dem Komma hat. Gleichzeitig haben Zins und Tilgung Auswirkung auf den zukünftigen Verwaltungshaushalt.

Auf Nachfrage von Herrn Thiele stellte der Bürgermeister dar, dass es eine Maßnahmenprioritätenliste für die geplanten Investitionen gebe, bei der vom Gemeinderat genau geprüft werde, welche Baumaßnahmen in welcher Reihenfolge und in welchem Haushaltsjahr umgesetzt werden und welche verschoben oder gestrichen werden können.

Eine weitere Nachfrage bezog sich auf die Gewerbesteuer, diese sei, so der erste Bürgermeister, auf einem gleichbleibenden Niveau. Was zu einem großen Teil den mittelständischen Unternehmen zu verdanken sei, die in vielen unterschiedlichen Branchen tätig sind, was die Stabilität der Gewerbesteuer begünstige.

Der Bürgermeister rief alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, den Zusammenhalt in der Gemeinde aufrecht zu erhalten, wie er derzeit sei. Sollte es Probleme, egal mit wem geben, sollen diese zeitnah und offen angesprochen werden. Aber auch Ideen und Vorschläge sind immer willkommen in der Gemeinde Feldkirchen-Westerham. „Gemeinsam wird es ein Erfolg!“ Er beendete die Bürgerversammlung und wünschte allen schöne Weihnachten und einen guten Rutsch.


Johannes Zistl
Erster Bürgermeister


Saskia Lannig
Schriftführerin